

II-14390 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6981 13

1994-07-14

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Haller, Mag. Praxmarer, Dolinschek
an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend die wirtschaftliche Situation der Familie im Internationalen Jahr der Familie 1994

Das Internationale Jahr der Familie 1994, von den Vereinten Nationen mit dem Ziel ins Leben gerufen, die wirtschaftliche, soziale und im weitesten Sinn auch politische Situation der Familie zu beleuchten und sich mit dem Stellenwert der Familie in der Gesellschaft auseinanderzusetzen, ist mittlerweile mehr als sechs Monate alt und wurde bis jetzt seitens der verantwortlichen Politiker allerorts bei Familien- und Informationsveranstaltungen nur mit schönen Worten und Absichtserklärungen für die Zukunft und für die Stärkung der Familie zelebriert.

Zusätzlich zu Familienexperten nahmen Fachleute aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich ganz konkret zur Lebensform Familie, deren zunehmend umstrittenere Stellung als elementares Lebensmuster in der Gesellschaft und zur aktuellen österreichischen Familienpolitik Stellung, zeigten eine Unzahl von durch Jahre gereiften, familienpolitischen Verfehlungen und Schwachpunkten auf und stellten mit Nachdruck die Forderung nach unverzüglichen ökonomischen Verbesserungen für Familien und nach konkreten politischen Lösungen. Unter anderem hatte die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin Univ.Doz. DDr. Charlotte Wilk anlässlich einer Familienenquete im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Internationalen Jahr der Familie im April d.J. kritisiert, daß die Familienpolitik der realen Situation der Familie in Österreich sowie den Anforderungen, die an sie gestellt würden, weit hinterherhinke.

Eine verfehlte Familien- und Sozialpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, daß in Österreich beinahe eineinhalb Millionen Menschen, darunter mehr als 100.000 Familien an oder unter der Armutsgrenze leben. Besonders betroffen sind Mehrkindfamilien von Alleinverdienern und Alleinerziehern. Junge Paare stellen sich heute kaum mehr die Frage, ob sie Kinder wollen oder nicht, sondern sie sind vielmehr gezwungen Berechnungen anzustellen, ob sie sich ein oder mehrere Kinder überhaupt leisten können. Aus einer Erhebung über junge Schulabgänger weiß man, daß sie sich für ihr künftiges Leben eine intakte Familie im Sinne

generationsübergreifender Lebensgemeinschaften wünschen, da diese soziale Lebensform ein Höchstmaß an persönlicher Sicherheit, Geborgenheit und ein starkes Fundament für eine erfolgreiche Zukunft sichert.

Der Schein trügt, das Familienbild des Jahres 1994 sieht alles andere als rosig aus: die Zahl der Eheschließungen und der Familien mit zumindest einem Kind verzeichnet einen leichten Anstieg, dennoch liegen die Werte aber immer noch weit hinter dem Jahresdurchschnitt der Siebziger- und Achtzigerjahre, Mehrkindfamilien nehmen deutlich ab. Die Zahlen sprechen für sich: 1993 betrug die durchschnittliche Kinderzahl in ländlichen Regionen 0,75 und in Wien 0,53. Es ist weiters unbestritten, daß immer mehr Ehen zerbrechen, die Zahl der Scheidungswaisen steigt, zahlreiche junge Menschen eine Sinnkrise erleben und mitunter in den Suchtgenuß flüchten. Der Familienpolitik der Großen Koalition fehlt nach wie vor ein konkret durchdachtes Konzept zu einer umfassenden, aber vor allem zweckgerichteten Familienförderung, denn bislang durchgeführte Teilkorrekturen haben ihr Ziel verfehlt und die soziale und wirtschaftliche Situation der Familien keineswegs verbessert.

Die von den Regierungsparteien als besonders familienfreundlich bejubelte zweite Etappe der Steuerreform hat zu einer weiteren Benachteiligung der Familien geführt: Rechenbeispiele belegen deutlich, daß Alleinverdiener, die bei gleicher Anzahl von Familienmitgliedern das gleiche Monatseinkommen erwirtschaften wie Doppelverdiener, fast ein Monatsgehalt mehr an jährlicher Lohnsteuer bezahlen müssen. Ebenso unverständlich ist die Tatsache, daß der Fiskus verheiratete Paare gegenüber offiziell getrennt lebenden Paaren benachteiligt, denn die letztgenannten können ihre Absetzbeträge doppelt geltend machen. Nur so ist es erklärlich, daß die Ehe und eine intakte Familie mit Kindern mehr und mehr zu einer kurzen Episode im Leben der Menschen reduziert wird und in Gefahr gerät, zu einem Luxusgut der Gesellschaft zu degenerieren. Die sich immer deutlicher abzeichnenden Mängel der österreichischen Familienpolitik und der Unwille der Großen Koalition, wirksame Familienfördermodelle auszuarbeiten, werden spätestens nach der Jahrtausendwende ihre negative Wirkung zeigen: die äußerst niedrige Geburtenbilanz wird die Altersversorgung der Bevölkerung mangels Alternativmodelle aufs ärgste bedrohen.

Verantwortungsvolle Familienpolitik bedeutet aber auch, daß das zur Verfügung stehende Familienbudget nicht zu einem wirtschaftspolitischen Debakel ausartet. Die derzeitige Gebärung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) kann als eines der negativen Musterbeispiele der Regierung herangezogen werden. Bereits seit Jahren haben Experten daraufhingewiesen, daß die familienpolitischen Gesichtspunkte bei den Ausgaben des ursprünglich gut dotierten Fonds immer mehr in den Hintergrund gerückt sind und dieser kurzfristigen budgetpolitischen Interessen untergeordnet wurde. An dieser Tatsache konnten selbst Berichte des Rechnungshofes nichts ändern, die dem FLAF nicht nur eine chronische Unterdotierung des Reserve-

fonds attestierten, sondern dazu noch festhielten, daß der FLAF nicht zur Unterstützung notleidender Linienverkehrsunternehmen eingerichtet sei und die ebenso darin verankerte Schulbuchaktion die aufwendigste Art der Bereitstellung von Schulbüchern sei.

Der jüngst erschienene Forschungsbericht über den Status quo der Familienförderung in Österreich von Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt belegt in erschreckender Weise, daß die Ausgaben des FLAF im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich angestiegen sind und in diesem Jahr erstmals dazu geführt haben, daß das Defizit in der Höhe von 4 Mrd. Schilling durch Kredite abgedeckt werden mußte, obwohl die Leistungen für die Familien keineswegs gleich proportional erhöht oder erweitert wurden. Die Ursache dieser Strukturveränderungen, auch als intergovernmentale Transfers bezeichnet, liegt darin, daß die ursprünglich vorgesehenen Stammeleistungen zugunsten ständig zunehmender "fondsfremder" Leistungen wie z.B. die Schulbuchaktion, der Beitrag zum Mutter-Kind-Paß, die Pensionsbeiträge für Karenzurlaubsgeldbezieher/innen, der Anteil am Wochengeld an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung etc. zurückgedrängt wurden. Die durchgeführten Teilreparaturen am FLAF sind eher als Budgetkosmetik und als Verlagerung von Schwachpunkten, denn als politischer Wille zu einer Neuordnung und Neuorganisation des FLAF zu verstehen.

Obwohl repräsentativen Umfragen zufolge trotz widriger Rahmenbedingungen mehr als zwei Drittel der Österreicher der Meinung sind, daß die familiären Werte zu ihren erstrebenswerten Lebenszielen gehören und von einem Drittel betont wird, daß die Familie als Lebensform in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird, wird die Gründung einer Familie nicht leicht gemacht. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

Anfrage:

1. Welche Schritte werden Sie setzen, damit die verfehlte Familienpolitik der Großen Koalition jungen Österreichern nicht zum Nachteil gereicht und ihnen eine Entscheidung zwischen Familiengründung oder Lebensqualität aufzwingt?
2. Ihre Familienpolitik hat dazu geführt, daß, verstärkt durch ständig rückläufige Geburtenziffern und durch die damit verbundene abnehmende Tendenz zu Mehrkindfamilien, auch der Stellenwert von Familien mit mehr als zwei Kindern in der Gesellschaft ständig sinkt. Welche Maßnahmen werden Sie dagegen ergreifen?

3. Wie sehen Sie Ihren politischen Auftrag, den Ihnen mehr als zwei Drittel junger Österreicher erteilt haben, wonach für diese Bevölkerungsgruppe Familie und Geborgenheit oberste Priorität genießt?
4. Nachdem die Familienpolitik der Großen Koalition bewirkt hat, daß in Österreich mehr als 100.000 Familien mit weit über 200.000 Kindern an oder unter der Armuts-grenze leben, erhebt sich die Frage, welche Maßnahmen Sie ergreifen werden bzw. welche Geldmittel Sie zur Verfügung stellen werden, damit für die betroffenen Familien die materielle Lebensgrundlage erhalten bleibt?
5. Welchen konkreten Handlungsbedarf sehen Sie für die Familien aufgrund der Tatsache, daß nach dem derzeit gültigen Steuerrecht Alleinverdiener gegenüber Doppelverdienern massiv benachteiligt werden, verstärkt durch den Umstand, daß in Österreich jede zweite Familie mit Kindern mit nur einem Einkommen auskommen muß?
6. Warum haben Sie als Familienministerin im Ministerrat im Herbst 1993 nicht von Ihrem Vetorecht in bezug auf das Steuerreformgesetz 1993 Gebrauch gemacht, das im Gegensatz zur Erhöhung des allgemeinen Steuerabsetzbetrages keine Erhöhung des Alleinverdiener- und Alleinerzicherabsetzbetrages zum Inhalt hatte?
7. Wie erklären Sie sich, daß trotz der Ankündigung im Arbeitsübereinkommen der Großen Koalition, wonach die Familie zu den wichtigsten Grundlagen des Staates gehöre und es ein wichtiges politisches Ziel sei, ihr die entsprechenden Rahmenbedingungen angedeihen zu lassen, die bisherige steuerliche Diskriminierung hinsichtlich der Absetzbeträge der in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Familie gegenüber (mitunter auch nur offiziell) getrennt lebenden Ehepartnern noch verschärft wurde?
8. Bereits mit dem Erkenntnis des VfGH aus dem Jahr 1991 wurde die Tatsache der höheren steuerlichen Belastung unterhaltspflichtiger Eltern im Vergleich zu anderen Steuerpflichtigen der gleichen Einkommenshöhe als gleichheitswidrig anerkannt. Es erhebt sich hierbei die Frage, warum Sie nicht als Lösung das freiheitliche Modell des Familiensplittings favorisieren, wo das Familieneinkommen nach der Anzahl der Familienmitglieder aufgeteilt wird und die Bemessungsgrundlage dadurch in eine niedrigere Progressionsstufe geführt wird bzw. welches konkrete Lösungsmodell Sie anstelle dessen anzubieten haben?
9. Die Regierungspolitik der Großen Koalition hat es begünstigt, daß 250.000 Österreichern, vor allem Jungfamilien mit Kindern, der Privatkonkurs droht. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken ,

- a) haben Sie Gespräche mit den zuständigen Experten geführt,
b) welche finanziellen Mittel wurden zur Abhilfe zur Verfügung gestellt,
c) wie stehen Sie zur Bereitstellung begünstigter Darlehen bei Familiengründung und
d) unter welchen Konditionen, in welcher Höhe und mit welcher finanziellen Bedeckung sollten diese Darlehen gewährt werden?
10. Trotz oftmaliger Ankündigung wurden keine Schritte in Richtung eines familienfreundlichen und familiengerechten Wohnbaus bisher umgesetzt. Obwohl die jüngste Mietrechtsreform als Revolution am Wohnungsmarkt angekündigt und Verbesserungen bei der Wohnraumbeschaffung angekündigt wurden, ist für viele Familien Wohnen nach wie vor unerschwinglich.
- a) Welche Maßnahmen haben Sie bisher in welchem Ausmaß gesetzt, um einen familiengerechten Wohnbau, d.h. Subjektförderung bei Eigentum und Miete, kinderfreundliches Umfeld etc., zu fördern,
b) wenn nein, warum nicht und
c) wie werden Sie sicherstellen, daß diese Maßnahmen in Zukunft umgesetzt werden können?
11. Die Arbeitsweise innerhalb der Großen Koalition zeigt bei den Verhandlungen um den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich, daß hier unterschiedliche Auffassungen zwischen der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie und der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten in der Umsetzung dieses familienpolitischen Themas gegeben sind. Daher stellen wir an Sie die Frage,
- a) wann im Hinblick auf die bestehenden Auffassungsunterschiede zugunsten der berufstätigen Eltern mit einer Lösung des Kinderbetreuungsproblems zu rechnen ist,
b) inwieweit und in welcher Form alternative Kinderbetreuungsmöglichkeiten wie z.B. das Tagesmüttermodell oder ähnliche familienfreundliche Modelle mit flexiblen Öffnungszeiten in das Ausbauprogramm miteinbezogen werden,
c) wie die von Ihnen für den Ausbau versprochene Budgetmilliarde finanziert werden soll und
d) welche Art der Kinderbetreuung Sie für das dritte Lebensjahr des Kindes, also zwischen dem Ende der Karenzzeit und dem traditionellen Aufnahmealter (viertes Lebensjahr des Kindes) im Kindergarten vorsehen?
12. Mit dem EU-Beitritt Österreichs und dem damit in Kraft tretenden Umsatzsteuergesetz unterliegen Kindergärten künftig der unechten Mehrwertsteuerbefreiung. Aus diesem Grund sind Kindergärten gezwungen, alle jene Beträge rückzuerstatten, die sie als Vorsteuerabzug für die während der letzten Jahre getätigten Investitionen geltend gemacht haben. Inwieweit werden Sie Ihren Einfluß als Familienministerin geltend

- machen, um dieser massiven existentiellen Bedrohung für Kindergärten entgegenzuwirken?
13. Wie können Sie es in Anbetracht der gähnenden Leere im FLAF verantworten, daß die Verhandlungen um die Aufhebung der Selbstträgerschaft bisher im Sande verlaufen sind?
 14. Worauf begründen Sie den Erfolg ihrer Familienpolitik, wenn sich der FLAF im Laufe der letzte Jahre weg von der direkten Familienförderung und hin zu einem willkommenen und hilfreichen Puffer für die österreichische Finanzpolitik entwickelt hat?
 15. Welche Erklärung haben Sie für die Tatsache, daß
 - a) der FLAF in den letzten Jahren erhebliche Ausgabensteigerungen aufzuweisen hat, die sich nicht in einer Verbesserung der ökonomischen Lage der Familien niedergeschlagen haben,
 - b) daß die Ausgaben für die Familien insgesamt gegenüber den gestiegenen Bundesausgaben zurückgegangen sind und
 - c) welche konkreten Maßnahmen haben Sie bisher unternommen, damit unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Badelt-Studie einer Ausräumung des FLAF künftig Einhalt geboten wird?
 16. Ein Drittel der FLAF-Ausgaben umfassen die Sachleistungen, die eigentlich in den Bereich anderer Ressorts gehören sollten. Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um
 - a) Ausgliederungen wie z.B. die Schulbuchaktion, die Gesundenuntersuchung im Mutter-Kind-Paß, die Pensionsbeiträge für Karenzurlaubsgeldbezieher etc. vorzunehmen und
 - b) wie weit sind die Verhandlungen über Ausgliederungsmaßnahmen mit den betroffenen Ressortkollegen gediehen?
 17. Welche Gründe können Sie dafür angeben, daß die Ausgaben des FLAF für die Schüler/innen- und Lehrlingsfreifahrt stark angestiegen sind, obwohl die Zahl der Schüler in Österreich stagniert bzw. sinkt?
 18. Das IHS hat in einer jüngst veröffentlichten Presseaussendung darauf hingewiesen, daß eine wirksame Budgetkonsolidierung nur durch massive Einsparungen, hier v.a. im Sozialbereich, zu erzielen sei. Die Einführung neuer Sozialleistungen sei nur dann möglich, wenn dafür "alte" gestrichen würden. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, daß unter den oben erwähnten Rahmenbedingungen

- a) die Finanzierung des zweiten Karenzjahres künftig weiterhin gesichert ist und
b) falls eine Finanzierung nicht mehr gewährleistet werden kann, welche – aus dem FLAF finanzierten Sozialleistungen – könnten Ihrer Meinung analog zum oben erwähnten Vorschlag an Stelle dessen gestrichen werden ?
19. Inwieweit können Sie es mit einer verantwortungsvollen Familienpolitik vereinbaren, daß Darlehensrückzahlungen für erworbenen Wohnraum für finanzschwache junge Familien nach den seit 1. Jänner gültigen verschärften Karenzgeldbestimmungen nicht mehr die Gewährung des erhöhten Karenzgeldes geltend gemacht werden können?
20. Welche Schritte werden Sie setzen, daß die von Bundesminister Scholten betriebene Schulpolitik, die dazu führt, daß die Zahl der von österreichischen Schülern konsumierten Nachhilfestunden – dafür werden Ausgaben in der Höhe von einer Mrd. Schilling jährlich geschätzt – ständig ansteigt, nicht zu Lasten der Familien geht?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne der Bestimmungen des § 93 GOG des Nationalrates dringlich ^{nach} vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln und dem Erstunterzeichneten Gelegenheit zur Begründung zu geben.